



Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung... Der Reichstag... Die deutsche Regierung...

Unterstützung: Berlin, 1. 1914... Die deutsche Regierung... Die deutsche Regierung...

Nr 87 • Ausgabe A Nr. 48  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 87

und Handels-Zeitung

Dienstag, 17. Februar 1920  
49. Jahrgang

Der Verzicht auf die Auslieferung.

Die Note der Alliierten ist auch gestern abend noch nicht in Berlin überreicht worden. Es steht aber fest und wird durch die weiter unten wiedergegebenen Erklärungen Millerands nur bestätigt, daß die Entente auf die Auslieferung verzichtet hat. Sie dürfte erklären, daß Deutschland, indem es die Auslieferung ablehne, den Vertrag nicht erfüllt, aber sie überläßt es der deutschen Regierung, nunmehr selbst das Verfahren gegen die Angeklagten vor deutschen Gerichten einzuleiten, und sie nimmt, wenigstens der Form nach, eine abwartende Haltung ein. Sie gibt in der Sache ihren bisherigen Standpunkt auf, während sie formal ihren Rechtsstandpunkt beibehält und sich für alle Fälle weiters vorbehält. Wir halten es für möglich, aber nicht für wahrscheinlich, wenn einige rechtliche Blätter, ohne den Wortlaut der Note zu kennen, sich auch nach der Befreiung des Auslieferungsvertrages noch heftig aufzuregen und die Meinung, daß die Entente sich bei „unbefriedigenden“ Urteilsprüchen neue Maßregeln vorbehalte, aufzutreten. Wir erwarten, daß das Reichsgericht sich weder von Drohungen der Entente noch von jenen militaristischen Geistes, der in den letzten Kriegsjahren Verhandlungen ausschlaggebend war und dem Ansehen der deutschen Justiz vor der Welt so sehr geschadet hat, beeinflussen lassen, sondern gewissenhaft und vorurteilsfrei Recht sprechen wird. irgendeine Maßlichkeit, dem französischen Publikum den Verzicht auf die Auslieferung zu erläutern mußte man in London Herrn Millerand aber wohl geben, und darum wurden die „Vorbehalte“ in die Note gesetzt, wurde, wahrscheinlich mit stillschweiger Schärfe, darauf hingewiesen, daß die Entente sich freie Hand wahre, um aus der weiteren Behandlung der Angeklagten durch Deutschland die nötigenfalls die Konsequenzen zu ziehen. Und das geschah nicht nur Frankreich und Millerands wegen, sondern natürlich auch jener englischen chauvinistischen Blätter wegen, die heftig nach der Auslieferung gerufen haben. Was Herr Millerand nach seinem Wiedereintreffen in Paris über die Angelegenheit sagte, berichtet das folgende Telegramm:

Paris, 16. Februar. (W. Z. P.)  
Ministerpräsident Millerand hat gestern abend nach seiner Rückkehr einen Vertreter des „Welt Journal“ Mitteltelegraph über die Londoner Verhandlungen gemacht. Er erklärte, die Beratungen hätten zu betrübenden Ergebnissen geführt. Die Note die der deutschen Regierung in der Auslieferungstrage überreicht wurde, halte den Grundgedanken im Artikel 228 ungeschwächt fest, formell aufrecht. Nur die Auslieferungsmethode werde geändert. Wenn Deutschland die Befehlsbefugnisse vor seinen eigenen Gerichten erscheinen lasse, würden die Alliierten über seinen guten Willen urteilen und im negativen Fall die Maßnahmen in Erwägung ziehen, die die Rechtsaufsicherung der Kaufkraft erfordern werde. Es sei also unrichtig zu sagen, daß eine Breche in den Vertrag gelegt worden sei, und daß der französische Ministerpräsident kapituliert habe vor der Auslieferungspolitik, die in England und Italien von Hunderten von Personen gepredigt werde. Die Londoner Note könne in Deutschland Enttäuschung hervorgerufen, denn in Wirklichkeit gebe die getroffene Entscheidung den Alliierten eine neue Wacht in die Hand, um von der deutschen Regierung und dem deutschen Volke die Ausführung aller Kleinigkeiten, die auf die Wiedergutmachung Bezug haben, zu verlangen.

Einige Pariser Blätter dementieren auch die Nachricht, daß von der holländischen Regierung verlangt werden solle, Kaiser Wilhelm zu deportieren. Selbst Winston Churchill tritt der Nachricht entgegen, daß Verhandlungen darüber schon inoffiziell geführt worden seien.  
Wenn Herr Millerand zufrieden ist, so soll man ihm diesen angenehmen Gemütszustand gönnen. Er erklärt beruhigend, daß nur die Ausführungsbefristungen geändert worden seien, und uns kam es zunächst gerade auf diese Ausführungsbefristungen an. Wie die offizielle Pariser Presse über die Bedeutung dieser Bestimmungen, nämlich der Auslieferungsforderung, vor der Londoner Zusammenkunft dachte, ist bekannt. Es ist nicht unsere Sache, auf die Enttäuschung hinzuweisen, die in Frankreich hervorgerufen sein könnte, wie Herr Millerand auf die Enttäuschung, die in Deutschland herrschen werde, hinweisen hat. Was die Bemerkung des französischen Ministerpräsidenten betrifft, daß der Londoner Verzicht den Alliierten neue Machtmitel in die Hand gebe, so können wir nur abwarten, wie die Entwicklung der Dinge weiter gehen wird. Ein jeder Tag hat seine Plage, und es genügt uns für den Augenblick, wenn die nächstliegende Plage befristet ist. Die „Frankfurter Zeitung“ gibt noch folgende Mitteilungen wieder, die auch wir verzeichnen wollen:  
In Bezug auf die Vorschläge Millerands, die deutsche Verantwortung für die weitere Befreiung des Rheingebietes zu erlangen, wurde in London, wie das „Echo de Paris“ andrücklich angekündigt, kein Beschluß gefaßt. Die Engländer haben sich vorläufig jeder Verpflichtung enthalten. Die Angelegenheit geht zunächst an die Reparationskommission. Man hat aber in Paris

das sehr deutsche Gefühl, daß England bei seiner Opposition gegen eine dauernde Festlegung der Franzosen am Rhein auch fernherhin bleiben werde. Im übrigen hat seit Sonnabend abend, noch vor der Rückkehr Millerands nach Paris, in London der Anspruch Wilsons gegen das Ultimatum an Serbien (in der Vorfrage) eine Bombe eingeschlagen. Die Tatsache, daß Wilson plötzlich wieder mit einer solchen Energie in die Verhandlungen eintritt, dürfte nach der Auffassung des Pariser offiziellen Berichtes einen vollständigen Umschwung in den gegenwärtigen Verhandlungen herbeiführen.

Wie der französische Ministerpräsident Millerand, hat auch der italienische Ministerpräsident Ritti sich nach Abschluß der Londoner Besprechungen einem Berichtserfasser gegenüber geäußert. Darüber liegt die folgende telegraphische Meldung vor:

Paris, 16. Februar. (W. Z. P.)  
Ministerpräsident Ritti erklärte dem Berichtserfasser des „Matin“ in London, seit fünfzehn Monaten hätten die Alliierten vergeblich den Friedenszustand herbeizuführen. Sie lebten in der Hoffnung, von Amerika könne Hilfe, und in der sehr prekären Lage, in der Europa sich befinde, denke es nicht daran, daß die Arbeit aller seiner Bewohner ohne Ausnahme unerlässlich sei. Die Alliierten hätten bis jetzt gelebt, ohne Rücksicht auf die dreihundert Millionen Deutsche, Oesterreicher, Ungarn und Türken zu nehmen, die durch ihre Arbeit und ihre Boden-erzeugnisse nicht zu entbehrenden Mitarbeiter an der Wiederauf- und Erhaltung Europas seien. Man müsse mit der Politik brechen, die man seit fünfzehn Monaten befolgte, dreihundert Millionen Menschen als Feinde zu betrachten. Ritti sagte: Deutschland, von dem Sie Wiedergutmachungen verlangen, ist zur Unfähigkeit, zu produzieren, verurteilt. Sie haben nichts von Deutschland zu befordern. Es ist vollständig in Ihren Händen. Es hat weder Flotte noch Rohmaterialien. Es bedeutet keine Gefahr mehr.

Der erste Teil dieser Erklärungen ist ein neues Zeichen der Wandlungen, die sich in Italien und in England vollziehen. Der zweite Teil ist etwas mehr den Tendenzen des „Matin“ angehaucht. Aus England kommt wieder eine Stimme, die zur Vernunft und zur Anwendung von den bisherigen gewaltpolitischen Methoden mahnt. Dicksinnig nimmt Lord Gladstone, der Sohn des berühmten Staatsmannes, das Wort. In einem Schreiben an die „Times“ bezeichnet er die Auslieferungsforderung als einen fatalen und nicht wieder gutzumachenden Fehler, und dann spricht er sich über die französisch-englischen Beziehungen und über die französische Politik folgendermaßen aus:

„Es ist unnütz, verbergen zu wollen, daß seit einiger Zeit die Beziehungen zwischen England und Frankreich nicht mehr die gleichen sind wie im vergangenen Frühjahr oder im vergangenen Sommer. Die kolonialen Fragen, die Frage des schließlichen Schicksals der Türkei, die Reibungen zwischen den beiden Mächten in Kleinasien haben das gute Einvernehmen von ehemals abgedrückt, und der neue Zwischenfall kann nur dazu beitragen, die Situation zu verschärfen. Wenn die Fronten beibehalten, die strikte Anwendung des Versailleser Vertrages zu fordern und Deutschland unter der händigen Bedrohung mit der Wladade zu halten oder gar die militärischen Operationen wieder zu beginnen, so werden sie sehr bald erkennen müssen, daß sie sich gegenüber ihrem ehemaligen Feinde isoliert finden, denn England hat nicht die Absicht, ihnen auf diesem Wege zu folgen.“

Zunächst wird aus Brüssel einiges über eine Schrift des Marschall Foch gemeldet, in der abermals die Rheinlandpläne der französischen Militärpartei — zu der einstweilen auch noch recht viele Zivilisten gehören — entwirrt werden. Diese Nachricht lautet:

DA. Brüssel, 15. Februar.  
Der republikanische Abgeordnete Ranchy Marin sagte in einem Vortrag in Brüssel, demnach würde eine Schrift des Marschall Foch erscheinen, die Garantien militärischer Artentens des Rheins forderte und sensationell wirken würde. Der Abgeordnete erklärte dazu: Es handelt sich um die Garantien, die uns verweigert worden sind. Solange nicht Belgien die Wiedergutmachung der Schelde hat, solange nicht Belgien vor der deutschen Kanonen sicher ist, ist Belgien in Gefahr, und ebenso ist es Frankreich, wenn man die Grenze von 1914 gegeben hat, also eine völlig ungenügende Grenze.“

Wir halten es für möglich, daß diese Schrift in der Hauptsache in einer Zusammenstellung jener Gutachten besteht, die der Marschall Foch während der Pariser Friedenskonferenz dem alliierten Obersten Räte überreicht hat. Gemeinlich mit Poincaré und Tardieu, suchte Foch damals die Alliierten für die Befreiung der Rheinlande zu gewinnen, was ihm schließlich teilweise — in der Form der zeitweiligen Befreiung — gelang. Der Chefredakteur des „Matin“, Herr Stéphane Lauanque, hat neulich angekündigt, diese Gutachten, durch die auch der „schändliche“ Duffrenoy getroffen werden soll, würden demnach die Öffentlichkeit unterbreitet werden. Das soll nunmehr wohl geschehen.

Die Verantwortung der Sieger.

Zu den Pogromen in Südrussland.  
Von Dr. P. Nathan.

Die Verbindung zwischen Groß-Rußland und zwischen der Ukraine und Westeuropa ist heute schweriger, als die Verbindung zwischen Europa und Timbuktu vor dem Kriege gewesen ist. Vor dem Kriege war es möglich, Odessa oder Kiew in einer kurzen Spanne Zeit zu erreichen, und was dort vorging, übermittelte uns der Telegraph in so viel Stunden, wie jetzt Monate notwendig sind, um von dort zuverlässige Nachrichten zu erhalten. So wissen wir denn, wenn überhaupt, erst nach Wochen und Monaten, was sich an der unmittelbaren Grenze Zentraleuropas abspielt hat. Die Wilna beginnt nicht in Zentralafrika und nicht in Zentralasien, sondern etwa in jenen Gebieten, wo früher die lieblichen russischen Pazifikvisionen stattfanden.

An diese Tatsache wird man immer wieder erinnert, wenn man dürftige, weit zurückliegende Nachrichten aus Rußland erhält. Ich habe schon einmal die furchtbaren Pogrome geschildert, die, wie in Polen, so in der Ukraine (stattendungen haben. Das die Juden die dort allein Lebenden sind, ist natürlich ausgeschlossen. Wohl aber können die Leiden der Juden einen allgemeinen gähnigen Maßstab dafür bieten, welche Höhe die Barbarei in jenen Gegenden von neuem erreicht hat, und, was den Juden dort widerfahren, ist ein beachtenswertes Symptom für die Zustände in dem riesigen russischen Reich, wo Verarmung, Verbrechen, politische Leidenhaft, Unverstand, Missetat, augenblicklich allortieren; hier vereinzelt, dort gehäuft, wahrhaftige Orgien feiern.

Es gibt einen Lichtblick in der schreckensvollen Tragödie, die sich in Südrussland abspielt hat. Entsprechend seinen großen und schönen Aufgaben liegt dort die Hilfsfähigkeit nicht in den Händen des Roten Kreuzes. In meinem Besitz befindet sich ein Schriftstück, das die Ueberlieferung trägt: „Kurze Ueberlicht über die Tätigkeit des Hilfskomitees vom Roten Kreuz für die von den Pogromen Geschädigten in der Ukraine.“ Schon die Tatsache, daß das Rote Kreuz die Hilfsfähigkeit in die Hand genommen hat, beweist einiges. Es muß das Unglück ein so furchtbares, ein so übermächtiges gewesen sein, daß die Juden allein es zu beschreiben nicht vermochten. Die große internationale Organisation des Roten Kreuzes, eine jener Schöpfungen, die den Gläubigen an das Solidaritätsgefühl der Menschheit aufrechterhalten, sich sich veranlaßt, diesem Kriegenunglück gegenüber einzutreten.

Das Rote Kreuz hat für jeden Bezirk einen christlichen Delegierten ernannt, um die Hilfe zu organisieren, und es gibt nach den letzten Nachrichten, die ich erhalten habe, elf solcher Bezirke. Unter dem christlichen Bezirksbeauftragten arbeitet ein Jude, der unmittelbar mit der praktischen soziale Arbeit in Verbindung zu treten hat und zu überwachen. Eine der Hauptaufgaben des christlichen Delegierten besteht darin, auf die christliche Bevölkerung einzumwirken, um neuen Judenmissetaten vorzubeugen.

Wenn man bedenkt, daß seit Oktober 1918 Südrussland mit kurzen Unterbrechungen von solchen Missetaten und Wünderungen heimgesucht worden ist, so kann man auch ohne Detailmalerei sich vorstellen, welche unzählige Tragödien und Qualen sich in diesen weiten Gebieten abspielt haben. In der erwähnten kurzen Ueberlicht heißt es:

„Während die Pogrome der ersten Periode — seit Oktober 1918 — hauptsächlich auf Wünderung des Eigentums gerichtet waren, war die nächste Welle wie ein gewaltiger Erdbeben, welcher kleinere und größere Städte mit jüdischen Bevölkerungsvollkommen hinweggraffte.“  
Und eine andere Stelle des Berichtes lautet:  
„Die jüdische Bevölkerung in der überwiegenden Mehrzahl der kleineren und größeren Städte, in den Gouvernements Wolhynien, Podolien, Kiew und Teilen von Cherson verlor all ihr Hab und Gut: Kleider, Schuhe, Wäsche und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Aus den Geschäften und auch bei den Höfen wurden alle Waren weggenommen. Die Handwerker sind all ihrer Maschinen und Werkzeuge beraubt; die Produktion ist zerfallen. Es von Pogromen herbeigeführte Bevölkerung erlag außer der allgemeinen festlichen Depression dem Einfluß epidemischer Krankheiten.“  
Epidemien haben die rücksichtsloseste Eigenschaft, nicht nur Juden zu befallen, sondern auch Christen. Der Einfluß der Antikemiten auf die Batterien ist augenscheinlich nicht geringend groß, um die Krankheitsreize zu veranlassen, ausschließlich ihrer Opfer unter den Juden zu suchen. So kann man sich denn vorstellen, welche Verwüstungen Krieg, Pogrome, Seuchen unter dieser armen Bevölkerung, Christen wie Juden, anrichtet haben.  
Es liegen mir zahlreiche Tabellen vor, die in nüchternen, fassen Zahlen auf Seiten und Seiten die Gouvernements und in den Gouvernements die Bezirke und in den Bezirken die Distrikte auflisten, in denen Kinderstahl und Speisefahnen

\*) Berliner Tageblatt, 29. 10. 19. Morgenblatt.